

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

<p>Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung des Betrags)</p>	<p>Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803</p>	<p>Erscheint wöchentlich am Samstag Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste</p>
---	---	---

Gewerkschafter und Reichstagswahl

Den richtigen Stimmzettel wählen!

Am 4. Mai wird der Reichstag aufs neue für vier Jahre gewählt. Seine Zusammensetzung ist, was wohl kaum gesagt zu werden braucht, auch für den Gewerkschafter von allerhöchster Wichtigkeit. Heute in noch höherem Maße als je zuvor. Denn viel mehr als früher werden jetzt die gewerkschaftlichen Bestrebungen und Angelegenheiten von der Gesetzgebung beeinflusst und von der Regierung, die aus dem Reichstag hervorgeht. Die Abwägung des Achtstundentages wurde von der Gesetzgebung ermöglicht, sie bescherte der Lohnarbeiterklasse den Steuerabzug und der bestehenden Klasse sozusagen die Steuerfreiheit, von der Regierung wurde die Erwerbslosenunterstützung verringert und von ihr gehen die berücksichtigten Anweisungen an die Lohnschlichtungsstellen aus. Noch wichtiger ist die Zusammensetzung des Parlaments für die Lösung von außenpolitischen Fragen, insbesondere für die Regelung der Wiedergutmachung. Mit dieser muß nun, nachdem der Bericht des Sachverständigenausschusses erschienen ist, ernstlich begonnen werden. Der kommende Reichstag wird die alte, die große Streitfrage zu entscheiden haben, wer den Großteil der Kriegsschulden zu tragen hat: die Kapitalistenklasse oder das Proletariat. Von der Entscheidung dieser Frage hängt die Wohlfahrt wie das Lebensglück nicht nur des heutigen, sondern auch künftiger Arbeitergeschlechter in ungeheurer hohem Grade ab. Somit wird am 4. Mai das Wahl und Befehl der Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus entschieden.

An diesen kurzen Hinweisen schon ist die gewaltige Bedeutung der Reichstagswahl zu erkennen. Sie zeigen, wieviel es auf die richtige Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaft ankommt. Sie lassen erkennen, wieviel von der richtigen Auswahl des Stimmzettels für jeden Arbeiter und seine Familie abhängt.

Somit ist am 4. Mai des Gewerkschafters Lösung: Den richtigen Stimmzettel wählen! Der politisch tätige Kollege braucht hierin keine Belehrung, denn dank seiner Erfahrung vermag er die arbeiterfreundlichen Parteien leicht von den arbeiterfeindlichen zu sichten und für ihn blasen die Fäden der reaktionären Stimmenfänger umsonst. Leider aber sind noch lange nicht alle Gewerkschafter politisch klarsichtig. Eine erschreckliche Zahl kümmert sich zwischen zwei Wahltagen herzlich wenig um Politik. Wenn dem nicht so wäre, wäre uns der Reichstag, der seit 1920 unser Dasein verelende, erspart geblieben. Hätten vor vier Jahren die acht Millionen freie Gewerkschafter mit ihren wahlberechtigten Familiengliedern alle mehr politischen Verstand bei der Abgabe des Stimmzettels bewiesen, der letzte Reichstag hätte bestimmt eine arbeiterfreundliche Mehrheit gehabt und ein beträchtlicher Teil der vierjährigen Drangsal wäre verhütet worden. Leider war das nicht der Fall. Wie teuer der Unverstand mit der Klüßelverjämmerung vieler Proletarier der ganzen Arbeiterklasse zu sehen gekommen ist, wissen wir alle. Und wenn die einmal wiederum Gewerkschafter mit ihren Angehörigen einen unrichtigen Stimmzettel abgeben oder nicht zum Wählen gehen, werden die Folgen bestimmt noch trauriger sein. Dies muß verhütet werden, dies kann verhütet werden. Es muß nur jeder politisch klarsichtige Kollege seinen Klassenangehörigen aufklären und ihn zur unbedingten Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflicht anhalten.

Geisterverwirrung und Stimmenfang

Nun ist es ja richtig, daß den Deutschen die Stimmzettelauswahl viel schwieriger gemacht ist als beispielsweise dem englischen, amerikanischen oder belgischen Wähler. Denn diese haben nur unter drei Parteien zu entscheiden, während ihre deutschen Leidensgenossen in die Verlegenheit aus Überfluß versetzt sind. Bemerkenswert ist doch jetzt nicht weniger als 27 Parteien um die Gunst der Wähler. Da bekanntlich nie mehr gelogen und versprochen wird als vor der Wahl, so kann man sich leicht vorstellen, in welche Verlegenheit der politisch schwachköpfige oder unerfahrene Deutsche am Wahltag kommen kann, zumal jede der 27 Parteien mit einem besonderen Programm, jede mit (angeblich) unbedingt heilsamer Patentmedizin für alle sozialen und sonstigen Übel auf die Wähler einstimmt. Wie soll sich der gewöhnliche Mann in diesem Gewirr von Stimmen, Anpreisungen und Androhungen zurechtfinden und sicher entscheiden, welche Partei seine Belange auch tatsächlich und tatkräftig vertritt?

Die Sache ist indessen einfacher, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Der alte Reichstag zählte in der Hauptsache sieben Parteien, woraus es jetzt 27 geworden sind. Man kann jedoch mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß auch der kommende Reichstag nicht mehr Parteien haben wird wie der alte. Denn es ist wahrscheinlich bis zur Gewißheit, daß die jungen Parteiengebilde gleich wieder verschwinden, sobald die große Gelegenheit der Geisterverwirrung und des Stimmenfanges vorüber ist. Man braucht wahrhaftig kein Sherlock Holmes zu sein, um den Zweck der neuen Parteienbildungen herauszufinden: Sie dienen nur dazu, oder haben jedenfalls nur die eine Wirkung, die Arbeiterklasse zu verwirren und zu zersplittern. Die Reaktion und die großen Freibeuter brauchen die Zersplitterung der proletarischen Wählerschaft, um ihr Spiel zu gewinnen. Teile und herrsche! Wenn dieser Trick seine Schuldigkeit getan hat, werden die neuen Parteien unter die Fittiche ihrer reaktionären Nährmutter verschwinden. Und die gutgläubigen oder

Ostergedanken

Nun ist der März wieder einmal im Jahresreigen vorübergerauscht und hat uns den Einzug des Frühlings verkündet. Und damit auch wieder die Zeit der Hoffnung und der Erwartung. Die Stille in der Natur ist vorbei, vom Eise befreit sind Strom und Bäche und das Grün regt sich auf dem Weidenplan. Und was nach dem Geheiß der Trägheit noch nicht weichen will, das bläst der frische Frühlingssturm hinweg. Er wirbelt die überjähigen dünnen und zerknüllten Blätter von den Bäumen, auf daß sie nicht länger zurückhalten und bedecken können, was an neuen Keimen schon da ist und zum Licht drängt und nach Leben und Gestaltung ringt. Der grimmige Winter konnte ja auch nur äußerlich die Natur in starre Formen zwingen: wer näher hinsah, erkannte schon früh, daß die Zeit anziehender Nähe nur ein Kräfte sammeln und Auenholen war. Der Saft wuchs und lag in den Bäumen, bis dann die lächelnde Mutter Sonne, wenn die Zeit erfüllt ist, das Auferstehungswunder offenbarte und ein Blütenmeer trunkenen Träume von künftigen Ernteglück in die Herzen legt.

Denn sie sind selber außerstand, die sorgenden und mit den Unbilden des Lebens kämpfenden Menschen, sie sehnen sich aus den Mauern der Städte ins Freie, ins Grüne und Farbenbunte.

Sehen wir so, wie die Zeit um Ostern bei äußerer Betrachtung ansehnlich viel rascher fortschreitet, daß sie sozusagen doch Sprünge macht, dann denkt in diesem Jahr mancher besonders besorgt an die „gepreßten“ wirtschaftlichen und politischen Zustände. Und er fragt, ob es denn gar nicht möglich sei, daß auch die Menschen in ihrer Kultur und mit ihrer Vernunft rascher und besser mit veränderten und überlebten Zuständen in der Gesellschaft und besonders in der Wirtschaft aufzukommen könnten!

Gewiß ist dies möglich. Der Mensch hat sich mit der Kultur über den Naturzustand erhoben und er kann es beständig weiter tun. Er kann es aber nur im Einklang mit den Naturgesetzen und ist ohnmächtig, wenn er gegen sie handeln und, wie man zuweilen sagt, mit dem Kopf durch die Wand will.

Sehen wir darum auch etwas näher zu, ob die Natur Sprünge macht. Außerlich gesehen, gewiß, auch der Eisbruch im Frühling kündet davon. Aber von innen gesehen, bleibt doch die Gesetzmäßigkeit der Natur, die nicht durchbrochen werden kann. Fällt der Rhein bei Schaffhausen jah im Sturz hinab, dann nimmt er sein Eigengesetz mit und sucht, unten angelangt, gleich wieder nach der Möglichkeit, weiter hinabzusteigen zu können. Und wenn ein Kind geboren ist, dann bleibt — nach wie vor! — das Gesetz der allmählichen Entwicklung. Nur ist der Unterschied, daß diese ungehindert erfolgen kann, wenn ein Hemmnis fortgeräumt ist. Dies Forträumen kann ein Sprung sein, kann plötzlich erfolgen wie Blitz und Donner, aber das innere Gesetz des Wachstums hält es dabei doch weiter mit der allmählichen Entwicklung. Wer etwa annähme, das durch den Sprung geborene Kind würde nun in 10 Stunden, Tagen oder Wochen ein erwachsener Mensch werden, der würde eine törichte Hoffnung nähren.

Können wir darum all unser Sehnen, all unser Hoffen und Wünschen auf die Natur- und Kulturgesetze. Die Gesellschaftslehre macht uns stark im Bunde mit der Natur. Sie kann dann tatsächlich auch Sprünge machen und die Wirkung der Naturgesetze, äußerlich betrachtet, umkehren. Der Mensch, der die Gesetze des Wasserfalls erkannt hat, baut Pumpwerke und treibt durch sie das Wasser erhebliche Höhen hinauf. Fühlt sich aber der Mensch in der Natur und in der Gesellschaft einer Aufgabe nicht gewachsen, dann liegt es sehr oft daran, daß er die Gesetze des Geschehens nicht genügend erkannt hat und sich deshalb unsicher fühlt. Mehr Licht! muß es da immer wieder heißen, dann kann man jede Lage zum Besseren wenden, wenn auch nicht immer gleich von heute auf morgen. Denn daß alles seine Zeit haben will, ist auch ein natürliches Gesetz.

blummen Proleten, die ihnen ins Garn gegangen, werden die Geprellten sein.

Wer von den Arbeitern und Arbeiterfrauen einer der neuen Parteien seine Stimme gibt, der schmeißt seine Stimme fort oder unterstützt die Todfeinde seiner eigenen Klasse. Dies gilt aber auch für den und für die, welche nicht für die richtige unter den alten Parteien stimmen. Die alten Parteien sind die Deutschnationalen (Freiheitspartei!), die Deutschnationalen und die Volkspartei, wenn das Zentrum und die Demokraten und schließlich die Sozialdemokratie und die Kommunisten. Welche von diesen Parteien verdient nun wirklich eine Arbeiterstimme?

Mehr Demokratie heißt Besserung

Eine klare Antwort hierauf läßt sich ziemlich leicht an der Hand eines Beispiels finden. Nehmen wir dazu eines, das auch dem weniger politischen Geschulten geläufig und verständlich ist, nämlich die Reparationsfrage. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau weiß, welches fürchterliche Unheil die Reparationsfrage gestiftet hat, als auch, daß noch mehr Unheil zu erwarten ist, wenn nicht bald diese brennendste aller deutschen Fragen einigermaßen zufriedenstellend geregelt wird. Es wird

Aus grauer Vorzeit haben sich die Menschen durch den Urzustand zur Kultur herausgearbeitet und beständig ihre Kenntnisse der Geschicklichkeit erweitert. So konnten sie immer neue Aufgaben angehen. Als die Menschen sich mit ihren Schiffen nur in Reichweite der Küsten aufs Meer wagten, war das engere Reich ihre Welt. Heute dagegen, wo erst der Weltverkehr und die Weltwirtschaft ermöglicht haben, daß viele alltägliche Gebrauchsartikel auch „kleinen“ Leuten erreichbar sind, heute, wo der Mensch „überall zu Hause“ und in der ganzen Welt bekannt ist, kommt zum Heimatgefühl und zum Volksbewußtsein das allumfassende Weltbürgertum. Borek hat ja diese internationale Durchdringung wieder neue „nationale“ Reibungen entstehen lassen, die aber gewiß nach dem Sinn der Entwicklungsgesetze überwunden werden. Heute gleicht der Nationalität dem Frosch im Brunnen, der nichts Gewaltigeres kennt als sein Röhrenloch! Der Fasziist dünkt sich „völkisch“ erhoben und macht sich doch nur lächerlich.

Lächerlich machen sich in unferm Kulturfrühling auch die winterrückigen Militaristen mit ihren falschen Rechnungen aus Vorvaterzeit. Norman-Angell hat schon vor dem Krieg in seinem Buch Die falsche Rechnung darauf verwiesen, daß im Zeitalter der weltwirtschaftlichen Finanz- und Kreditverkehrung der Völkerrrieg eine Verhätlichkeit sei. Er verwies darauf, daß Deutschland sich selber schädige, wenn es die Bank von England angreife. Und in diesem Wechselverföhren stehen heute ja die weitaus meisten Staaten. Alle Beziehungen der Völker sind heute so „versteift“, weil die Militaristen immer nicht die Natur- und die Kulturgesetze kapieren können. Sie sind noch nicht von ihrer Starrheit erlöst worden, ja der neue Frühling wird nur gegen sie kommen vom internationalen Proletariat! Da sind die Reime des besseren Neuen schon überall da und ringen unter der Hülle quellend und sehnen nach Raum. Glaube keiner, daß es nicht Völkerrückfall werden könne, weil nicht gleich die volle Erfüllung da ist. Alles kommende Neue wächst erst zur Fülle der Vollkommenheit heran, indem es mit dem Alten ringt, wie der Frühling mit dem Winter.

Auch Rückschläge gibt es da wie überall. Aus dem Winter der kapitalistischen Wäse erwuchs, zuerst unscheinbar und klein, die Arbeiterbewegung zu Schutz und Trutz der Ausgebeuteten ringsum in den Ländern. Der Krieg war ein Rückschlag in der Aufstiegsarbeit der Gewerkschaften, und die von vielen großen Ausbeutern absichtlich geförderte und gewollte Geldentwertung erschwerte die Wirksamkeit der Arbeiterverbände ungeheuer. Nun aber hat die Ursache dieses Rückschlages zu schwinden begonnen, der frische Frühlingwind bläst in die Segel der Gewerkschaften, überall merken die Arbeiter an dem eifrig brutalen Vorgehen des gefühllosen Kapitalismus, daß sie sich mehr denn je um die Banner der Organisationskämpfe müssen.

Mehr denn je und eifriger denn je! Da die Welt durch Krieg und Nachkriegswirren immer ärmer wurde, suchen die Kapitalisten nur noch mehr in ihre Schränke zu sammeln. Sie möchten die winterrückige Gezeit der Völkerverkehrung verewigen und dem arbeitenden Volke immerzu predigen: Entschere dich, du sollst entbehren! Der Kapitalismus will arme Menschen, die, nackt und bloß, bei ihm um die gnadenvolle Ausbeutung der Arbeitskraft winseln sollen. So drohst denn — heute! — der Kapitalismus die technischen Kräfte bewußt und absichtlich, die er doch früher selbst erlöst hat, indem er die Technik von den Junkies freisetzt.

Es war einmal! Heute sind die Sachen völlig umgekehrt: Indem der Kapitalismus die technischen Produktionskräfte drohst, hält er die Masse der arbeitenden Menschen mehr in winterlicher Not und frierer Armut, als es ohnedem nötig wäre. Die Auferstehung, die Erlösung winkt durch die verständige, durch Erkenntnis und Leidenschaft gestärkte Selbsthilfe der Arbeiterorganisationen, der freien Gewerkschaften. Auch da sind die neuen Reime überall herangewachsen und drängen zum Licht und sehnen sich nach ungehinderter Entfaltung. Es ist wieder ein Kampf um die Macht, dessen schließlicher Ausgang nicht zweifelhaft sein kann. Hinter diesem Kampf aber leuchtet die Sonne der Auferstehung. W. S.

behauptet, daß eine solche Regelung bislang an dem Widerstand Frankreichs gescheitert sei, dessen reaktionäre und deutegieriger Regierung unmögliche Kriegsgeschädigtenverlange, um einen Vorwand zu haben, Deutschland auszurauben, es befehligt zu halten und zu zertrümmern. Die bisherige Erfahrung gibt dieser Behauptung einen starken Schein von Berechtigung. Wenn es tatsächlich an dem ist, dann muß man damit rechnen, daß die französische Regierung auch weiterhin unerfüllbares fordert, um uns weiter drangsalieren zu können. Es bleibt demnach nichts anderes übrig, als zu hoffen, daß die anderen Siegermächte mehr Verständnis für unsere Lage und die Befreiung Mitteleuropas haben und auf Frankreich mächtig einwirken. Daß diese Hoffnung nicht unbegründet ist, dafür liegt, besonders seitdem in England die Arbeiterpartei regiert, eine steigende Zahl von Anzeichen vor.

Unter den Siegermächten sind Amerika und England die bedeutendsten. An ihnen rankt sich in erster Linie die deutsche Hoffnung auf Unterstützung bei der Regelung der Kriegsgeschädigtenempor. England und Amerika sind demokratische Staaten, die Grundstimmung ihrer Volksmasse ist friedliebend, fortschrittlich, und weder Regierung

noch Bevölkerung können eine Stärkung Frankreichs, des militaristischen und reaktionären, auf Kosten Deutschlands wünschenswert sein. Über die beiden demokratisch, fortschrittlich und friedlich gesinnten Völker werden Deutschland nur dann zu helfen geneigt sein, wenn dieses gleichfalls demokratisch, fortschrittlich und unzerleglich ist. Damit ihnen ihre Tätigkeit für die Völkerberuhigung und für eine erträgliche Lösung der Wiedergutmachung nicht erschwert oder gar unmöglich gemacht wird, müssen sie wünschen, daß die Reichstagswahl keinen Beweis für die unausgesetzte Behauptung der Herrschersippe Frankreichs liefert, das deutsche Volk sei kriegerisch und reaktionär. Denn wenn dies der Ausfall der Wahlen bestätigte, dann wäre es Amerika und England schwer, schier unmöglich, einen genügend starken Einfluß auf die französische Regierung im Sinne der Zurückziehung ihrer Truppen aus deutschem Gebiete auszuüben, weil ja dann die ganze fortschrittlich gesinnte Welt Frankreich darin beistimmen, daß es sich gegen den gefährlichen Nachbarn schützen müsse. Aus diesem Grunde, und auch, um im Auslande die Geneigtheit zu steigern, Deutschland finanziell zu unterstützen, wünschen Amerika und England, wie zahlreiche Äußerungen ihrer uns nicht unfeindlich gesinnten Zeitungen bezeugen, daß die Reichstagswahl den zweifelsfreien Beweis dafür liefert, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes demokratisch und friedlich, nicht reaktionär ist. Während andererseits die herrschende Sippe Frankreichs wünscht, daß die Reichstagswahl darzut, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes tatsächlich und demokratisch, kriegerisch, reaktionär ist, weil dadurch ihre bisherigen als ihre legitimen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland gerechtfertigt werden.

Also: die französische Reaktion erwartet eine Rechtfertigung und Stärkung ihrer deutschfeindlichen Politik von einem reaktionären Ausfall der Reichstagswahl. Die fortschrittliche Welt dagegen erwartet eine Rechtfertigung und Stärkung ihres deutschfreundlichen Strebens von dem demokratischen Ausfall der Reichstagswahl.

Vielere Tatsachenverhältnisse zeigen dem deutschen Arbeiter und der Arbeiterfrau unmißverständlich, für welche Parteien sie unter keinen Umständen stimmen dürfen, wenn sie wollen, daß die Bedrohungen von außen wie die Besetzung deutschen Landes und die erdrückende Kriegsschuldenlast aufgehoben und gemildert werden sollen. Sie dürfen vor allem keiner Partei ihre Stimme geben, die nach Krieg schreit, die Monarchie erstrebt und die Demokratie durch eine Diktatur ersetzen will, kurz die ergreifbarsten sind. Das sind die Deutschvölkischen, die Deutschnationalen und die Volkspartei und die ihnen jeelenverwandten Nationalsozialisten. In diesen Parteien sind die beruhschäftigen Säbelrutschler vereint mit den Großgrundbesitzern, die das Volk auswuchern, und den Schwerindustriellen, die die Industriearbeiterschaft unterdrücken und schänden. Sie schreien nach Krieg, weil dieser ihre günstigste Gelegenheit zum Wachsen und Bereichern ist; sie wollen die Rückkehr der Monarchie, weil diese ihre Alleinherrschaft verbürgt; sie schreien nach Beseitigung der Demokratie, weil dadurch die frühere Rechtslosigkeit der arbeitenden Massen wieder hergestellt wird. Wohin uns Krieg, Monarchie und Diktatur geführt haben, zeigt der hohe Ball von Soldatenleichen und unsere fürchterliche Lage. Wer für die reaktionären Parteien stimmen will, der braucht eigentlich gar nicht zur Urne zu gehen, denn was diese erstreben, das haben wir schon.

Den Deutschvölkischen, Deutschnationalen, der Volkspartei und den Nationalsozialisten die Stimme geben, heißt die Todfeinde der Arbeiterklasse, heißt den eigenen Wegger wählen.

Die unsicheren Kantonsisten
Dies trifft nun allerdings, wenn vielleicht in etwas milderem Maße auf das Zentrum und die Demokratische Partei zu. Diese beiden gelten als die bürgerliche Demokratie. Sie entbeden ihre demokratische Gesinnung nun freilich erst nach der Revolution, als es eben nicht gut anders ging. Vorher kritisierten sie manchmal die absolute Monarchie vorzüglich, unterstützten sie aber immer unvorsichtig. Sie waren von jeher nicht halb, nicht ganz, zu einer entschiedenen demokratischen Umwandlung haben sie sich nie entschließen können. Wo wilde Reaktionäre beisammen waren, waren Zentrumskente und bürgerliche Demokraten mitten unter ihnen. So früher, so jetzt. In den beiden unheilvollsten Regierungen, die die Republik belastet haben, in der Ennos und der Marx-Strömung, haben Zentrum und Demokraten den Ausschlag. An unserer Unheil sind die schwandenden Gestalten dieser beiden Parteien in kaum feigerungsstimmigen Grade mitgeschuldig. Und selbst wenn sie, wie sie es jetzt zum bessern Vollaufe des Stimmensanges tun, heilig versprechen, entschlossen demokratisch und arbeitersolidarisch handeln wollten, es wäre ihnen unmöglich, weil sie daran von ihrer kapitalistischen Seele gehindert werden. Die deutschen Millionäre haben keinen eifrigeren Verteidiger gehabt, als den demo-

kratischen Abgeordneten Gothein. Selbst bei den ergreifbarsten Parteien findet sich kein rücksichtsloserer Ausbeuter als der Zentrumsmann Thyssen.

Im Zentrum finden sich katholische Ausbeuter, wie Thyssen, Klöckner, Wallessem zusammen mit ihren Opfern, mit katholischen Arbeitern. Die Demokratische Partei vereinigt den sogenannten liberalen Teil der deutschen Bourgeoisie (Financiers, Fabrikanten, Handelsherren) und die liberalen Berufe (Ärzte, Lehrer, Techniker — und Arbeiter). An der Spitze der demokratischen Reichsliste steht der unsern Kollegen sattem bekannte Grobindustrielle Dr. Siemens. Im Zentrum wie bei den Demokraten ringt der rechte Flügel unausgesetzt mit dem linken. Einmal bekommt der rechte, einmal der linke Flügel die Oberhand. Wenn immer eine klare Entscheidung zwischen Reaktion und Demokratie, zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft getroffen werden muß, fällt sie zuungunsten der ersten aus. Die Beweise dafür liegen auf der Straße: Steuerbelastung der untern Schichten, Steuerfreiheit der Reichen, Geschehenlassen, um nicht zu sagen Großpöppelung der fasziistischen Banden, rücksichtslose Unterdrückung der verfassungstreuen Arbeiterschaft, Duldung der unerhörten Eingriffe der Generale in Sachsen und Thüringen, Beherrschung der Arbeiterregierungen.

Dies alles und das viele Ähnliche kann nicht wundernehmen. Im Zentrum wie bei den Demokraten gibt letzten Endes der rechte, der kapitalistische Flügel den Ausschlag, weil er über die größere Erfahrung im politischen Schieberhandwerk und über das meiste Geld für die Parteikasse verfügt. Sobald der kapitalistische Löwe grunzt, stieben diese bürgerlichen Demokraten wie eine Hammelherde auseinander, um sich am Hinterteil des Wüstentieres treuergeben zu sammeln. Jedemfalls sind diese beiden Parteien die Vertretung der unsicheren Kantonsisten. Eine entschiedene demokratische oder arbeitersolidarische Politik ist von ihnen unter keinen Umständen zu erwarten. Kein Gewerkschafter darf dem Zentrum oder der Demokratischen Partei die Stimme geben, der da will, daß die Republik bestimmt erhalten und demokratisch ausgebaut wird, daß endlich die ungerechte Steuerbelastung der Armen zugunsten der Reichen ein Ende nimmt, daß der Achtstundentag gesetzlich festgelegt, auskömmliche Mindestlöhne für Männer und Frauen bestimmt und die Erwerbslosen eine angemessene Unterstützung erhalten; kurz, daß die furchtbare Drangsal der Arbeiterklasse sichtbar gemildert und schließlich beseitigt wird.

Diese Unerschlichkeit kann keine der bürgerlichen Parteien erfüllen, weil sie alleamt Versächter des kapitalistischen Gesellschaftszustandes sind, der der Unterdrückung und Ausbeutung des arbeitenden Volkes zu seiner Erhaltung bedarf. Wer ernstlich will, daß die Unerschlichkeit nun endlich erfüllt wird, der muß am 4. Mai mit einem sozialistischen Stimmzettel zur Urne gehen.

Knappheit an Betriebskapital

Während die Besserung der Arbeitsmarktlage langsame Fortschritte macht, breitet sich, ausgehend von den Vorkriegszeiten, in der deutschen Wirtschaft eine Geld- und Kreditkrise aus, die erste Beachtung verdient. Die internationale Spekulation hat sich am französischen Markt die Finger geheißig gemacht und weiß nicht, wie sie die Verluste decken soll. Am schwersten war Wien betroffen, es scheint aber auch in Deutschland diese verheerende Spekulation schwere Opfer nicht nur im eigentlichen Bankgewerbe, sondern auch im Warenhandel zu fordern. Es kommt hinzu, daß die Anleiheung der Rentenmarktkredite im ersten Vierteljahr 1924 verhältnismäßig rasch erfolgte, wodurch die Wirtschaft über ihre eigene schwache Lage hinweggetäuscht und in Versuchung gebracht wurde, den Ernst der Wirtschaftskrise zu unterschätzen. Diese Kredite wurden vor allem dazu benutzt, die großen Steuerzahlungen im Februar und März zu leisten. Erst in den letzten Tagen der Reichsbank schwere Bedenken gekommen — die Kredite sind nämlich amähernd erschöpft —, so daß sie sich zu einer starken Einschränkung der Beschleisskontierungen entschließen mußte. Man muß gespannt sein, wie diese Maßnahme auf die der Betriebsmittel aus entbehrt Wirtschaft und auf den Arbeitsmarkt zurückwirkt. Die Mittel, die der Wirtschaft durch die Rentenmarktkredite in den letzten drei Monaten zugeflossen, sind immerhin erheblich. Seit Beginn dieses Jahres ist der Bestand der Reichsbank an Rentenmarktschulden von 15,2 auf 97,6 Millionen Rentenmark und an Papiermarktschulden von 307,5 auf 586,6 Trillionen Papiermark angewachsen.

Die freie Presse, die schlecht ist, entspricht dem Charakter ihres Wesens nicht. Die zensurierte Presse mit ihrer Heuchelei, ihrer Charakterlosigkeit, ihrer Einnahmenfrage, ihrem häßlichen Schwanzwedeln, verwickelt nur die inneren Bedingungen ihres Wesens. Ein Rastrat bleibt ein schlechter Mensch, wenn er auch eine gute Stimme hat. Die Natur bleibt gut, wenn sie auch Mißgeburten hervorbringt. Das Wesen der freien Presse ist das charaktervolle, vernünftige, schärfste Wesen der Freiheit. Der Charakter der zensurierten Presse ist das charakterlose Unwesen der Unfreiheit, sie ist ein zivilisiertes Ungeheuer, eine parfamierte Mißgeburt. Karl Marx (Nachlass).

auffeuernde Angaben machte über eine seit längerer Zeit schon dem Dampftrieb übergebene Dampfmaschine, die mit Dampf von 60 Atmosphären getrieben wird. In der Zwischenzeit hat sich die Großindustrie sehr lebhaft für die Hochdruckfrage interessiert und zahlreiche weitere Betriebe durchgeführt. Das Renke an diesem Gebiet ist der Entwurf einer Hochdruckmaschine für Dampf von 100 Atmosphären und 40 Grad Celsius. Die hohe Überdrehung ist für den Überträger lediglich eine Materialfrage, während die Turbine eine konstruktive Aufgabe darstellt, die wohl nicht allzu große Schwierigkeiten bereiten wird. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem 60-Atmosphären-Druck, der nach Art der Steirertrüffel gebaut wurde, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei Konstruktionen, die eine örtliche Überdrehung der fernerberührten Blöße nicht zulassen, geeigneter Material aus ein Druck von 100 Atmosphären angewandt werden kann. Die übrigen verläßt, ist der aus Schweden stammende „Atmosphären“ mit unläßlichen Getriebe für die Dampfmaschine in Aussicht genommen, der zwar auch nur bis 60 Atmosphären betriebsfähig konstruiert wurde, jedoch hinsichtlich einer Ausführung für 100 Atmosphären immer mehr Schwierigkeiten bieten dürfte als für 60 Atmosphären. Ist die Lösung aller hier angeführten Aufgaben gelungen, dann ist endlich ein Ziel erreicht, das seit Jahren angestrebt wird, eine Maschine von größerer Bedeutung war als gerade jetzt, wo eine Verbilligung der Energieerzeugung aus nahe liegenden Gründen von besonderer Wichtigkeit ist.

Es ist zu wünschen, daß die großen Dampfmaschinenmotoren überhand nehmen? Welches ist der mit ihnen erzielbare höchste Wirkungsgrad? Wie sieht es mit der Lebensdauer derartiger Generatoren? Welche sind die üblichen Fragen werden häufig gestellt. Wenn es auch nicht möglich ist, hierauf ganz genaue und erschöpfende Antworten zu geben, so läßt sich doch im allgemeinen folgendes sagen: Die Größe der Maschinen hängt hauptsächlich von der im Betriebe vorkommenden Drehzahl ab. Bei den von Dampfmaschinen angetriebenen Generatoren ist die größtmögliche Drehzahl bis zu der einzelnen Maschinen gebaut werden können, etwa 4000 Kilowatt, falls die Drehzahl 1800 pro Minute beträgt, und 7000 Kilowatt bei 1200 Umdrehungen. Beim Anlauf durch Turbinen liegen die Höchstgrenzen bei

Auf zur Maifeier!

Arbeiter und Angestellte! Jahrzehntlang haben wir für die Erringung des Achtstundentages demonstriert, bis die Novemberumwälzung 1918 diese Forderung verwirklichte. Fünf Jahre haben die Gewerkschaften diese Errungenschaft gegen alle Angriffe verteidigen können. Im Dezember 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, mit dem schweren Geschütz der Inflation die gewerkschaftlichen Forderungen zu überwinden und die äußere Befestigungslinie, den gesetzlichen Schutz des Achtstundentages, zu durchbrechen. Das organisierte Unternehmertum wurde wieder einmal Nutznießer der allgemeinen Notlage von Reich und Volk.

Noch aber ist der Kampf nicht völlig entschieden. In vielen Berufen steht die Entscheidung noch aus. Von der Haltung der Arbeitnehmererschaft, von der Kraft ihrer Gewerkschaften hängt es ab, ob der Achtstundentag wieder hergestellt und gesichert werden kann, oder ob er als eine Episode, als wirtschafts- und sozialpolitisches Experiment beiseite gelegt wird.

Von euch, ihr deutschen Arbeiter und Angestellten, erwartet die Welt, daß ihr den Achtstundentag nicht preisgibt, sondern für eine dauernde gesetzliche Anerkennung eintrittet. Deshalb ist es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine Ehrensache, am 1. Mai dieses Jahres mit besonderer Einmütigkeit und Entschlossenheit

für den Achtstundentag zu demonstrieren.

Und nicht für ihn allein. Sein Schicksal hat die ganze Sozialgesetzgebung geteilt, die von der Inflation hinweggerissen ist. Überall wird abgebaut und schließlich bleibt von dem Schutz, den die Reichsverfassung der Arbeitskraft zusichert, nichts mehr übrig. Die Besitzenden, die jedes weitere Opfer scheuen, üben die Kontrolle über die Ausgaben des Reiches aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird trotz eigener Beiträge der Arbeiter- und Angestelltenerschaft eingeengt, die Lage der Kriegsbeschädigten und Arbeitsunfähigen wird von Tag zu Tag trostloser. Die Vorkarrieren für ein einheitliches Arbeitsrecht sind ungleich eingestellt. Die deutsche Auswanderung hat einen riesenhaften Umfang erreicht, weil der arbeitende Mensch in unserem Vaterland nichts mehr gilt. Deshalb muß am 1. Mai die Wiederherstellung der Sozialgesetzgebung und ihr weiterer Ausbau gefordert werden.

Aber auch die letzte Errungenschaft der Novembertage, die deutsche Republik ist bedroht. Die Verhandlungen über den Hitler-Budendorff-Putsch haben gezeigt, daß die Feinde der Republik nicht nur offene, sondern noch mehr geheime Anhänger haben, die nur deshalb den Tag des Verfassungsumsatzes noch nicht für gekommen halten, weil die große Masse des Volkes treu zur Republik steht. Die Arbeitererschaft wird am 1. Mai ihr Ergebnis zur

Verteidigung der demokratisch-republikanischen Verfassung

erneuern und diesen Tag zu einer Heerschau der republikanischen Kräfte gestalten.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Der 1. Mai muß in diesem Jahre zu einer besonders ausdrucksvollen Kundgebung gestaltet werden. Wir fordern euch daher auf, an diesem Tag überall dort, wo es ohne ernste Schädigung der Arbeitnehmererschaft möglich ist,

die Arbeit ruhen zu lassen.

Sorgt aber in jedem Falle dafür, daß der 1. Mai in diesem Jahre ein würdiger Festtag der Arbeit werde.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Der Bundesvorstand.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Der Vorstand.

Nach Finnland zu reisen

muß unseren Kollegen abgeraten werden. Der finnische Metallarbeiter-Verband teilt auf die vielen Anfragen, ob dort Beschäftigung zu finden sei, mit, daß dies nicht der Fall ist. Er sei ganz außerstande, auf die vielen Anfragen zu antworten, auch vermöge er nichts für arbeitsuchende deutsche Kollegen zu tun, weil dort das Geschäft ziemlich schlecht gehe. Da dessenungeachtet finnische Unternehmer in Deutschland um Leute werben, sei äußerste Vorsicht am Platze, wenn man sich bittere Enttäuschung ersparen wolle.

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. A. Rugg (Nachdr. verb.)
Anwendung höherer Dampfdrücke. — Über den Bau großer Hochdruckgeneratoren. — Folgen zum Betrieb von Hochdruckgeneratoren. — Der Schwingungsgrad. — Sparmaße bei Hochdruckgeneratoren.

Unter allen Kraftmaschinen besitzt die Dampfmaschine, obwohl ganze Geschlechter von Technikern an ihrer Durchbildung gearbeitet haben, den geringsten Wirkungsgrad; auch bei der Dampfmaschine liegen die Verhältnisse nicht gerade sehr viel besser, denn ihre Wirkleistung ist nur um einige wenige Hundertteile höher. Die meisten Forschungen auf dem Gebiete der Dampfmaschinen gehen dahin, den Wirkungsgrad wesentlich zu verbessern und diese Maschinen, insbesondere die Hochdruckmaschinen, in bezug auf Wasserverbrauch der Gasmaschinen überlegen und dem Dieselmotor, der heute noch die höchste Ausbeute ergibt, gleichwertig auszugleichen. Das vornehmste Überlegungsziel war, daß der Wirkungsgrad der Dampfmaschinen zum größten Teil abhängig ist von dem Wasserverbrauch, der zwischen dem einströmenden, erdrückenden Dampf und dem abgehenden Dampf, gelangt es, diese Spannung zu vergrößern, so steigt die Ausbeute. Hinsichtlich der unteren Temperaturgrenze ist es nun durch Erzeugung eines sehr hohen Salzes bereits ganz nahe an den Grenzen der Erreichung noch wichtiger Wert gelangt, während die obere Temperaturgrenze durch die erforderliche Widerstandsfähigkeit der Konstruktionsmaterialien bisher verhältnismäßig eng gefestigt war. Es nun nun nur einer Zeit Stilllegungen erzielte, die selbst bei beginnender höherer Regel und ausgeglichener Fertigungsergebnisse anzuzeigen, wurde es möglich, erhebliche weitere Fortschritte zu machen, was damit zusammenhängend, auch höhere Temperaturen zu betonen. Die ersten Mitteilungen über die Verwendung von Dampf hoher Atmosphärenzahl in der Kraft- und Wasserkraft sind von Harimaun, der vor etwa einem Jahr auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure

50 000 Kilowatt, falls 450 Umdrehungen in der Minute vorhanden sind. Bei noch niedrigeren Drehzahlen lassen sich noch größere Maschinenleistungen bauen. Unter der Voraussetzung, daß der Transport keine Schwierigkeiten bereitet und die Ausführung größtenteils an Ort und Stelle erfolgen kann, ist es heute möglich, 150 000 Kilowatt-Generatoren herzustellen für Drehzahlen von rund 100 Umdrehungen je Minute. Die Lebensdauer solcher großen Maschinenleistungen hängt vornehmlich ab von der Art des Betriebes und der Sorgfalt, mit der die Wartung erfolgt. Turbo-Generatoren, die ganz gefasste Bauart aufweisen, haben nur etwa eine halb so große Lebensdauer wie die Maschinen mit offenem Magnetrad; denn wegen der Schwierigkeit des Befestigens kommt es öfters vor, daß sie in Betrieb genommen werden, obwohl sie sich nicht in ordentlichem Zustande befinden, außerdem sind sie viel höherer Temperatur ausgesetzt. Hierbei ist unter Lebensdauer der Maschine jene Zeit zu verstehen, die zwischen der Inbetriebnahme und dem ersten Ausbrennen oder schwerwiegenden Defekt verstreicht, der ein Neuaufbau oder den Neubau des Ständers des Ankers erfordert. Der Wirkungsgrad der großen Hochdruckgeneratoren ist ein außerordentlich guter. Messungen, die kürzlich an einer demartigen, in einem Großkraftwerk aufgestellten Maschine von 45 000 Kilowatt und 6000 Volt Maschinenspannung ausgeführt wurden, ergaben einen Gesamtwirkungsgrad von 96,9 v. H. Eine sehr vorteilhafte Eigenschaft so großer Maschinenleistungen besteht in der Flexibilität, alle Kalorien wieder zu gewinnen, die in den gewöhnlichen Anlagen sonst verloren gehen. Zunächst werden die in den abgehenden Rauchgasen der Feuerung enthaltenen Wärmeenergien in dem Economiser und den Vorkamrern nutzbar gemacht. Die in dem Generator auftretenden elektrischen Verluste, die ebenfalls als Wärme auftreten, werden dadurch ausgeglichen, daß man Kühlung durch die Maschine saugt und mit der erhitzten Ventilationsluft Speisewasser erwärmt. Die infolge der Lagerreibung erzeugten Kalorien lassen sich dadurch wiedergewinnen, daß man vermittelst zweier Pumpen in der Minute zusammen 1500 Liter Öl durch das Lager treibt und das erwärmte Öl durch Schlangenrohre umlaufen läßt, die ihrerseits zur weiteren Erwärmung des Kondensatorkühlers dienen.

Feldweibel statt Unternehmer

Geheimes Rundschreiben der Arbeitgeberverbände

Der Veltausschuss unserer vorigen Nummer beschäftigte sich mit der jüngst zu Berlin stattgefundenen gemeinschaftlichen Jahresversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Daß dort ein wenig in Arbeiterfreundlichkeit zu machen versucht wurde, lassen einige der Redeproben erkennen, die wir brachten. Redebuch der frühere Kruppdirektor Dr. Sorge der „verständigen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ das Wort und vertiefte sich gar zu einer Kritik des jetzigen möglichen Verhältnisses zwischen den beiden Seiten. Eine Kennzeichnung dieser Süßholzraspelle bedurfte es für unsere Leser kaum, weil sie ihre Pappentümer aus langer bitterer Erfahrung kennen. Andere Leute indes möchten nun vielleicht annehmen, daß endlich auch bei den schwerindustriellen Scharmachern Unvernunft und Beuteluft zu schwinden begonnen habe. Die so meinen, vergessen nur, daß die Rede des Dr. Sorge auf die Öffentlichkeit berechnet war, im eigenen Kreise spricht man ganz anders. Hinter den Kulissen erhebt sich die schwerindustriellen Seelen in ihrer ganzen Schönheit. Zuweilen gelingt es, einen Blick in die Vertraulichkeit zu tun, wie jetzt dem V o r w ä r t s, der ein Rundschreiben der Vereinigung der Arbeitgeberverbände „betreffend Lohnpolitik, Ergebnisse der Tarifgespräche im Tarifausfluß vom 25. März“ veröffentlicht. Da in dieser Vereinigung bekanntlich unsere hochbedienten Schwerindustriellen beisammen sind, ist deren Rundschreiben für unsere Kollegen von besonderem Belang. Wir geben darum aus der Veröffentlichung des V o r w ä r t s die wesentlichsten Sätze wieder. So heißt es darin:

Auf diesen Grundlag (Aufrechterhaltung unserer Währung) ist auch die derzeitige Lohnpolitik einzustellen. Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um 1 Pfennig pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 600 Millionen Goldmark im Jahr ausmachen. Aus dieser Zahl ist die Auswirkung der Lohnpolitik auf die Währung für jeden ersichtlich. Regierung und Wirtschaft haben demnach die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu stemmen. Wir müssen von dem Reichsarbeitsminister, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie diesen Gefahren auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterschaft vernichten würde.

Nachdem dann dargelegt ist, daß die jetzigen Löhne um 20 bis 30, ja zum Teil sogar um 100 v. H. über den Sätzen der Inflationszeit lägen, fährt das Geheimschreiben lüchlich fort:

Es muß erneut betont werden, daß die Notlage der Arbeitnehmer zurzeit nicht eine Folge zu niedrigen Lohn- und Gehaltsniveaus, sondern eine Folge der Arbeitslosigkeit ist. Deshalb gilt es vor allem, durch Steigerung und Verbilligung der Produktion (Arbeitszeitverlängerung) den Umlauf zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet ohnehin eine Steigerung des Reallohnes.

Diese Feldweibelweisheit ist hanedüchen genug, um dabei etwas zu verweilen. Im starken Gegensatz zu ihr wird jeder beschäftigte Arbeiter behaupten und leicht beweisen können, daß er und seine Familie hungern und in Fesseln gehen muß, kurzum daß er in Notlage ist, weil er so schlecht bezahlt ist, daß er sich nichts kaufen kann. Und diese erwerbslose Arbeiter, besonders die, deren Gewerbe für den Innenbedarf sind, werden behaupten und leicht zu beweisen vermögen, daß sie unbeschäftigt sind, weil die Abnehmer ihrer Erzeugnisse, die deutsche Masse, infolge ihres schlechten Einkommens nur wenig oder gar nichts kaufen kann. Die Erhaltung der jetzigen Hungerlöhne würde nichts anderes als die Erhaltung der Kaufunfähigkeit der Masse und damit die Erhaltung der Arbeitslosigkeit bedeuten. Das ist so sonnenklar, daß es jedem Kinde einleuchtet, nur eben nicht den Feldweibeln im Unternehmerlager. Diese glauben, die Arbeitslosigkeit — nicht durch Lohnverbesserung, sondern — durch Steigerung und Verbilligung der Produktion mittels Arbeitszeitverlängerung beseitigen zu können. Dem Erfahrungslösen, der das sieht, könnte das vielleicht nicht uneben erscheinen. Der andere indessen, der etliche Erfahrung in Sachen der Preis- und Kartellpolitik unserer Industrie hat, wird sagen, daß Steigerung und Verbilligung der Produktion noch keineswegs billigere Waren bedeutet, sondern oft bloß größeren Unternehmerprofit. Da nun die Arbeitermasse dank der Preispolitik der Unternehmer als Warenkäufer wenig oder nichts von der Verbilligung und Steigerung der Produktion profitiert, muß sie trachten, es von der anderen Seite, als Produzent, durch Lohnaufbesserung zu erreichen. Ganz abgesehen davon, daß die Meinung der Unternehmer, die Produktion durch Arbeitszeitverlängerung wesentlich oder dauernd steigern und verbilligen zu können, ein hundertfach widerlegter Irrtum, wenn nichts Schlimmeres

ist. Verlängerung der Fron heißt nichts anderes als noch ärgere Ausmergelung der Arbeiterschaft, Vermehrung der Krankheiten und Invalidität, heißt gesteigerten Raubbau an höchsten Gütern der Wirtschaft. Daß dies eine Binsenwahrheit ist, kann jeder leicht feststellen: Er braucht bloß die körperliche Beschaffenheit und die berufliche Leistungsfähigkeit einer Berufsgruppe, die sich des Achtstundentages erfreut, zu vergleichen mit der körperlichen Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit einer Gruppe, die, sagen wir, zu zwölfstündigen Arbeitszeiten verdammt ist. Sollten unsere deutschen Industriellen dermaßen beschränkt sein, um diese allgemein bekannten Tatsachen nicht zu wissen? Vielleicht. Es will einem indessen eher bedünken, daß es mehr (allerdings unglück betätigte) Profitgier als Beschränktheit ist, die die handgreifliche Tatsache leugnen und mißachten heißt.

Karfreitag

Jesus war der Heiland der Entglückten,
Wahrheitskinder, Anwalt der Bedrückten.
Seine kühnen Worte schlugen in die Massen
Wie Gewitterblitze in verstaubte Gassen.

Armutsvolk ging freudig ihm entgegen,
Blumen streuend stand an seinen Wegen.
Hosianna! rief es, als er Sklav' und Knechte
Rief zu Streit und Kampf für ihre Menschenrechte.

Pharisäer, Schriftgelehrte und Rabbiner
Schimpften ihn Verräter, Hezer, Römerdiener,
Wissend, daß er ihren Wohlstand schädigt,
Wenn er gegen Wucher und Entrechtung predigt.

Kreuzigt ihn! schrie nun das Volk verblendet,
Dem es seine Gunst noch gestern zugewendet.
Es schlug ans Kreuz den Armeleutpropheten
Und ließ ihn von Verleumdung höhnen und zertreten.

Wie einst, kommt es noch heute vor auf Erden:
Die von den Reichen ausgebeutet werden
Sind willens, ihre Ketten anzulegen
Und sie für Judaslohn ans Kreuz zu schlagen.

Victor Kallnowski.

Doch wenden wir uns wieder dem Rundschreiben zu. Nachdem es vor einer „Konjunkturpolitik“, die jetzt vornehmlich in gutgehenden Gewerben, wie dem Buchdruck und der Bekleidungsindustrie zu beobachten sei, gewarnt hat, sagt es weiter:

Der Tarifausschuss der Schwerindustriellen verweist im Besonderen auch auf die Ausführungen des Reichsarbeitsministers im Reichstag, daß Löhne und Gehälter sich in erster Linie nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Industrien und Gewerbebezüge richten müssen. Damit hat auch der Reichsarbeitsminister sich gegen Lohnforderungen ausgesprochen, die ihre Ursache lediglich im Vergleich von an sich unvergleichbaren Löhnen haben... Besondere muß vorgebeugt werden, daß die Lohnpolitik der Schlichter auf dem Wege sogenannten „Ausgleichs von Unebenheiten“ unauffällig zu einer allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus führt. Durch eine solche Ausgleichspolitik wurde im März vorigen Jahres bekanntlich die Stabilisierungsoffensive aus Anlaß des Ruhrkampfes außerordentlich gefährdet.

Die im letzten Satz enthaltene Behauptung des Industrie- und Handelsministeriums ist einfach goldig. Die verteuert mageren Lohnzustände der Schlichtungsstellen haben also die Stabilisierung der Mark, „außerordentlich gefährdet“, nicht etwa, wovon alle Welt selbsten überzeugt ist, die polizeiwidrige unkluge Finanzpolitik der Regierung Cuno, verbunden mit dem Steuerbetrug und der planmäßigen Markverfälschung durch die Herren von der Finanz- und Industrie! Da aber über die, welche den Ruin der deutschen Währung auf dem Gewissen haben, keinerlei Zweifel obwaltet, können wir in der Betrachtung des Rundschreibens weiterfahren:

Der Tarifausschuss wird sich deshalb beim Reichsarbeitsministerium nachdrücklich gegen eine zentrale Behandlung der Lohnfrage wenden und gegen eine neue inflationistische wirtende Lohnbewegung... auch beim gesamten Reichskabinett vorstellig werden... Die für die Beamten und Angestellten des Reichs erfolgte Neuregelung der Gehälter darf nicht zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Lohnregelung werden...

Mit diesen Sätzen wird, was dem Kundigen längst schon bekannt war, ausdrücklich kund und zu wissen getan, warum die Regierung einer Aufbesserung der Hungerlöhne der staatlichen Angestellten und Beamten widerstrebt, überdies machen

die Sätze die bremsenden Anweisungen des Reichsarbeitsministers an die Schlichtungsstellen wie überhaupt manchen Schiedsrichter verständlich. Die Reichsbehörden meinen dem Druck des Freibeuterums; in ihrer Angst vor dessen Mißfallen opfern sie die Wohlfahrt, ja die Lebensmöglichkeit von vielen Hunderttausenden von Arbeitern und Beamten. Der bürgerlichen Regierung fehlt, sofern ihr der Wille nicht überhaupt mangelt, das Rückgrat, den beuteluftigen Herren den Standpunkt klar zu machen. Dies war nun freilich längst kein Geheimnis, aber es kann nicht schaden, es noch einmal mehr bestätigt zu haben, damit es im Wahlkampf dort dienen kann, wo Kandidaten der Regierungsparteien sich erdreisten, um Arbeiter- und Beamtenstimmen zu werben.

Man hätte meinen können, daß das deutsche Unternehmertum nun endlich auch andere, vernünftiger Mittel und Wege der Profitsteigerung entdeckt hätte, als die Schröpfung und Verfolgung der Arbeiterschaft. Aber sein Rundschreiben zeigt aufs neue, daß es ganz vergeblich ist, zu hoffen, daß bei unseren Industriellen die Beschränktheit schwinden werde. Sie vermögen von ihren alten, plumpen, unergiebigen Methoden nicht zu lassen. Das Buch des Autokönigs Ford, des erfolgreichsten aller Großindustriellen, soll von deutschen Fabrikanten sehr viel gekauft werden. Womöglich haben sie es noch nicht gelesen. Ansonsten müßte man annehmen, daß sie die darin auf fast jeder Seite betraufte Lehre nicht kapieren: daß hoher Lohn und kurze Arbeitszeit und anständige Behandlung des Arbeiters den reichsten Zins, den höchsten Gewinn, den sichersten Erfolg verbürgen. Aber Ford ist eben Unternehmer. Und wir haben b l o ß F e l d w e i b e l.

Zinz in Gefahr

Die Arbeiterschaft des kleinen Reuß hatte in der Revolution den kühnen Entschluß gefaßt, das vom Fürsten abgetretene Vermögen zu Zwecken der allgemeinen Volksbildung zu verwenden. Es wurde eine mit großem Sachvermögen ausgestattete Stiftung „V o l k s h o c h s c h u l e Reuß“ geschaffen, die neben einer großartig aufgebauten Hauptstelle der örtlichen Volks- und Arbeiterbildung in Reuß und umhüllend um sich greifend im übrigen Thüringen und einer Volksbibliothek in Gera die Heimvolkshochschule Zinz umfaßte. Zinz entwickelte sich in wenigen Jahren zu einer der bedeutendsten Arbeiterhochschulen Deutschlands. Die freien Gewerkschaften begannen allmählich, Zinz mit Schülern zu bescheiden und es gleichsam als ihre Schule anzusehen. Als mit der Bildung des Staates Thüringen alle Stiftungen der Gliedstaaten aufgelöst wurden, wurde auch die Volkshochschule Reuß vom Staate übernommen, wobei aber der Staat die gesetzliche Verpflichtung auf sich nahm, Zinz im bisherigen Umfang und Charakter zu erhalten, solange die Gewerkschaften die Schule weiter unterhalten. Auch in dem Verwaltungsrat, der für Zinz gebildet wurde, haben die freien Gewerkschaften Deutschlands und Thüringens sowie der Fabrik und Bergbau eine Stimme.

Heute droht die Reaktion der Volkshochschule Zinz den Todesstoß zu versetzen. Die Angestellten der Volkshochschule Reuß, der Zentralstelle der örtlichen Arbeiterbildung Thüringens, wurden kurzerhand auf die Straße gesetzt, und in der Heimvolkshochschule Zinz selbst wurde gegen Sinn und Wortlaut des Gesetzes ein Abbau der Angestellten und ihrer Rechte eingeleitet, der den Weiterbestand der Schule aufs äußerste gefährdet. Dagegen muß nicht bloß unter den allgemeinen Gesichtspunkten der Arbeiterbildung, sondern auch vom Standpunkt der Gewerkschaften der allerstärkste Einspruch erhoben werden. Die Gewerkschaften haben ein Recht auf die Erhaltung der Volkshochschule Zinz, das sie sich von einem reaktionären Willkürregiment nicht rauben lassen werden.

Eine Neuerung in Neuseeland

Um die Stellenvermittlung nach abgelegenen Landesteilen zu fördern und die Bauern in nähere Verührung mit dem städtischen Arbeitsmarkt zu bringen, wurde zwischen dem Arbeits- und dem Postministerium vereinbart, daß die Postämter jener Orte, wo keine öffentlichen Arbeitsnachweise bestehen, als Arbeitsvermittlungstellen fungieren werden. Unternehmer, die Arbeitskräfte bedürfen, brauchen sich in solchen Orten bloß an das Postamt zu wenden, und wenn die Posten nicht durch örtliche Arbeitslose besetzt werden können, werden geeignete Kräfte durch den nächstgelegenen Arbeitsnachweis besorgt. Ebenso können Arbeiter die Postämter zur Beschaffung von Stellen in Anspruch nehmen.

Gegenseitigkeit in der Behandlung Arbeitsloser

Zwischen Österreich und der Schweiz wurde kürzlich ein Abkommen betreffend Gegenseitigkeit in der Behandlung Arbeitsloser getroffen. Jeder Vertragsstaat wird den in seinem Gebiet lebenden Angehörigen des anderen Vertragsstaats dieselben Rechte zuerkennen wie den eigenen Staatsangehörigen. Der Vertragsabschluss kann wohl mit den arbeitsrechtlichen Verträgen der ersten internationalen Arbeitskonferenz in Verbindung gebracht werden.



Bei der großen Ausdehnung, die das Kraftfahrzeugwesen in der letzten Zeit genommen hat, ist die Bereitstellung der erforderlichen Treibmittel sehr wichtig geworden. Benzin, dem rumänischen Petroleum entkammend, ist ein Auslandsprodukt und sehr teuer; Benzol, aus dem Steintohlenteer gewonnen, hängt an, schon knapp zu werden, so daß man zu Mischungen von Benzol mit Spiritus und Tetralin greifen muß. Bemerkenswert ist nun das Bestreben einer österreichischen Firma, Holzkohlen in den Bereich der Betriebsstoffe für Kraftwagen, Motorflüge usw. zu ziehen und daraus in besonderen Gasgeneratoren ein Kraftgas zu erzeugen. Nach den Angaben der Firma sind bereits 200 Holzgas-Autogeneratoren in Verwendung; ferner soll sich eine bekannte österreichische Automobilfabrik, K o h n m ü l l e r & C., Wien XX, Handelskai 92, entschlossen haben, diese Generatoren für ihre Fabrikate nutzbar zu machen. Die Kosten des Betriebsstoffes vermindern sich bei Kraftwagen um mehr als die Hälfte je nach der Güte der benutzten Holzkohle. Der Motorflug verbraucht für etwa 34 Ar ungefähr 15 Kilogramm Holzkohlen. Was dies für die Land- und Forstwirtschaft bedeutet, braucht nicht erst gesagt zu werden. Um aus Holzkohlen Holzgas, Generatorgas zu gewinnen, schichtet man in einem besonderen Behälter, dem Generator, Holzkohlenstücken auf, zündet diese an und saugt dann Luft durch den Generator, jedoch bedeutend weniger, als zur vollständigen Verbrennung erforderlich wäre, wobei gleichzeitig Wasserstoffdampf zugeblasen wird. Es entsteht dann im wesentlichen ein Gemisch von Kohlenoxyd und Wasserstoff, das sogenannte Sauggas, das zum Betrieb von Motoren verwendet werden kann; die Holzgasgeneratoren werden auf dem Auto untergebracht und sind so eingerichtet, daß der Motor beim Anfahren gleichzeitig auch einen Teil der benötigten Luft durch den Schacht saugt. Der Übergang vom Benzin- zum Sauggasbetrieb ist einfach, da der Motor nicht geändert werden muß; es ist nur erforderlich, den Gasgenerator zusammen mit einem Gasführer und Gasreiner auf dem Auto einzubauen, den Vergaser durch ein Mischventil zu ersetzen sowie die notwendigen Rohrleitungen zu legen. Als durchschnittlicher Verbrauch an Holzgas wird angegeben, daß ein 5-Tonnen-Kraftwagen etwa 200 Kilogramm für 100 Kilometer erfordert. Danach

sind die Ausichten des Holzgasbetriebes sehr günstig zu nennen. Dazu kommt noch, daß die Besitzer der Kraftwagen, hauptsächlich die landwirtschaftlichen Betriebe, Holzkohle selbst und billig herzustellen imstande sind. Störungen im Motor durch Gas sollen auch nach sehr langem Betriebe nicht vorgekommen sein. Besonders aussehlich erscheint die Verwendung der Holzgasgeneratoren für Motorflüge. Der Telautograph ist ein Apparat zur Fernübertragung von Schriftzügen, Entziffern usw., der an jede Telefonleitung angeschlossen werden kann. Er stellt nicht eine Verbesserung des Telefons dar, sondern ist ein unabhängiges Organ, das dem Telefon seine Hilfe leiht, falls die übertragene Sprache zu schwach und unverständlich ist. Die Aufgabe des Telautographen besteht nicht darin, das Telefon zu ersetzen, sondern es zu ergänzen, und zwar derart, daß der Zusammenbau einen Apparat ergibt, mit dem man in die Ferne sprechen oder schreiben kann. Der Telautograph ist nur wenig größer als die üblichen Wandtelefone; er kann ohne die geringste Schwierigkeit an alle Leitungen angeschlossen werden und ist von jedermann leicht zu bedienen. Wer zwei Handgriffe notwendig: will man sprechen, so nimmt man den Hörer ab und bedient sich des Fern wie beim gewöhnlichen Telefon, will man schreiben, so genügt es, auf einen Knopf zu drücken und den Bleistift zu benutzen. Alle Bewegungen des letzteren auf einer Schreibplatte werden am andern Ende der Leitung wiederholt, die Handschrift des Senders wird automatisch übertragen. Durch Anwendung der neuen Einrichtung läßt sich erheblich an Zeit sparen: Wie häufig kommt es vor, daß beim telephonischen Anruf irgend eine Stelle, ein Büro u. dergl. sich nicht meldet und man geraume Zeit warten muß. Beim Vorhandensein eines Telautographen kann in diesem Falle sofort die schriftliche Nachricht hinterlassen werden, wobei der Sender die Urchrift für sich behält. Auch eine Arbeitsgesprächserhebung läßt sich erheblich erleichtern. Unter den vielen möglichen Anwendungsbeispielen des Telautographen seien folgende erwähnt: Büro, Betrieb und die sonstigen Stellen im Fabrikbetrieb verbindet er miteinander und überträgt Anweisungen und Stützen. Im Handweilen

dient der Telautograph zur Übermittlung von Kurzen, vielen Ziffern, Unterschriften usw. In Warenhäusern können Nummern und Preise übertragen werden. Der Telautograph ist besonders dann am Platze, wenn die telephonische Übermittlung leicht zu Irrtümern führt; ferner ist er von großem Vorteil für die gleichzeitige Übertragung von Mitteilungen und Preisen von einer Zentrale aus nach zahlreichem Nebenorten. Man hat häufig versucht, die Schwarzstriche durch andere zu ersetzen, die geringere Kosten verursachen. Allein alle in Versuchung gebrachten Mittel blieben nur ein unzulänglicher Ersatz und verschwanden bald wieder. Eine Lackfabrik, G u s t. R u t h in Wandsee, hat nun ein Verfahren ausgearbeitet, bei dem zwar die Verwendung von Leinöl beibehalten wird, sein Verbrauch bei sonst gleichem Anstrichgewicht aber sehr sparsam gestaltet. Es wird dies dadurch erreicht, daß man dem Öl einen äußerst fein verteilten Kolloidkörper beimischt, der die Eigenschaften besitzt, das Trocknen des Bildes sich auf dem gestrichenen Grunde ein ganz feines, fest haftendes Häutchen, welches das Öl an dem weiteren Eindringen ins Holz hindert. Das auf der Augensicht festgehaltene Öl erhärtet in der bekannten Weise, indem es aus der Luft Sauerstoff aufnimmt und verhartet. In der Regel genügt ein einmaliger Deckanstrich. Bringt man zwei Bretter, von denen das eine in der üblichen Weise grumbiert und mit Leinöl getränkt, das andere hingegen nach dem neuartigen Verfahren gestrichen wurde, ins Wasser, so läßt sich feststellen, daß das zweite Brett im Vergleich zum erstem nur einen Bruchteil des Wassers aufnimmt. Das neue Leinöl- und Sauerstoffverfahren wird bereits von Schiffswerften, Eisenbahnverwaltungen, auch für das Baugewerbe einen beträchtlichen Vorteil, zumal es ersparnisreich auf größeren Flächen, Pappen u. dergl. ohne weiteres einen Anstrich auszubringen, was sonst bekanntlich Schwierigkeiten bereitet. Es ist dies insofern von allgemeiner Bedeutung, als während der Kriegszeit so manche Fläche mit Teer oder ähnlichen Stoffen gestrichen wurde, für die man besser Schwarzstriche verwendet hätte.

Zur Kenntnis!

Der Anfall von Arbeitslosen in der Osterzeit macht es unserer Druckerei unmöglich, die Riesenauflage unserer Zeitung in der Woche nach Ostern rechtzeitig fertigzustellen.

Anträge auf Heilverfahren

Die Landesversicherungsanstalten gehen wieder dazu über, das vorzuziehende Heilverfahren auszuwählen. Da in den Kreisen der Versicherten vielfach Unklarheit darüber herrscht, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen Antrag mit Aussicht auf Erfolg zu stellen, sei in folgendem auf die wichtigsten Punkte hingewiesen:

Der erkrankte Versicherte muß nachweisen, daß für ihn gültige Beitragsmarken vorhanden sind, daß die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft nicht erloschen ist.

Von dieser Forderung wird abgesehen, wenn für den Versicherten, wie insbesondere bei jugendlichen Versicherten, füglich nicht mehr Beiträge, als gefahren, seit ihrem Eintritt in die Versicherung verwendet werden konnten.

Somit Versicherungsberichtigte (Weiterversicherung nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung oder freiwillige Selbstversicherung) in Frage kommen, müssen sie nachweisen, daß seit dem 1. Januar 1923 mindestens die doppelte Anzahl der für die Erhaltung der Anwartschaft nötigen Beitragsmarken verwendet wurden.

Erkrankte Witwen, die nicht auf Grund eigener Versicherung ein Heilverfahren beantragen können, müssen nachweisen, daß die Bedingungen für die Gewährung der Witwenrente erfüllt sind, daß heißt der Ehemann darf erst nach dem 1. Januar 1912 verstorben oder dauernd erwerbsunfähig geworden sein und muß zur Zeit seines Todes die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aus der Versicherung aufrechterhalten haben.

Wenn Antrag auf ein Kinderheilverfahren ist der Nachweis der Zugehörigkeit zur versicherungspflichtigen Bevölkerung zu erbringen; als solcher gilt die letzte beim Arbeitgeber befindliche Lohnkarte des versicherten Elternteils.

Es muß nach der Übergangung des Arztes infolge der Krankheit Invalidität drohen, andererseits aber doch begründete Aussicht vorhanden sein, die Arbeitsfähigkeit dauernd oder wenigstens für mehrere Jahre zu erhalten, oder die Erwerbsfähigkeit von Rentenempfängern wieder herzustellen.

Der Antrag auf Übernahme des Heilverfahrens muß vor Beginn der Kur bei der Versicherungsanstalt gestellt werden. Anträge auf nachträgliche Übernahme von Kosten für ein ohne Genehmigung begonnenes Heilverfahren werden grundsätzlich abgelehnt.

Für die Durchführung des Heilverfahrens trägt die Versicherungsanstalt sämtliche Kosten. Dahin gehören die Kosten für Kur, Medikamente, Unterbringung, die Hin- und Rückreise, jedoch nicht die Kosten für Spätdesförderung.

J. A. Hanfens Diensthabläum

Ein alter und wohlbelauener Freund unseres Verbandes war am 2. April 25 Jahre im Dienste seiner Organisation. Es ist Kollege J. A. Hanfen, der Vorsitzende des Deutschen Schmied- und Maschinenbauerverbandes.

Ein Mann mit Hanfens Fähigkeiten wird natürlich auch außerhalb seiner Dienststellung in Anspruch genommen. Er gehört dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes an, ferner dem Kontrollrat für die sozialdemokratische Freie Bewegung, dem ständigen Schlichtungsausschuß, dem Aufsichtsrat der Arbeiterlandesbank und der Landesgewerkschaft.

Über nicht nur innerhalb der deutschen Grenzen hat man den Kollegen Hanfen schon oft in der internationalen Arbeiterbewegung gesehen. Auf der Generalversammlung unseres Verbandes in Halle (1899), also unmittelbar nach seiner Zeit zum Verabschieden, erfuhr er zum erstenmal im Kreise der deutschen Kollegen.

Bei seinen häufigen Reisen in Deutschland hat Kollege Hanfen sich viele Freunde erworben. Sein freundliches und geschäftliches Auftreten, ferner dem sich jedoch eine ungewöhnliche, schon oft bewiesene Kraft verbirgt, macht den Eindruck, daß die Sache, für die er eintritt, bei ihm auch gut angekommen ist.

Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten hat seinen zweiten ordentlichen Verbandstag für den 22. Juni d. J. nach Kassel einberufen. Vor kurzem hat der Verbandsbekanntmachung und sich mit innerorganisatorischen Fragen sowie mit der wirtschaftlichen Lage der Angestellten beschäftigt.

Der kommende Verbandstag wird sich ebenfalls mit innerorganisatorischen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Was gefährdet den Erfolg?

Alles, was deinen Verband schädigt, schädigt auch dich, Kollege! Aus diesem Grunde sind alle Angelegenheiten deines Verbandes deine eignen.

Nimm einmal an, du leiest eines von den Mitgliedern, die den Versammlungen fernbleiben, und alle Mitglieder machten es so wie du. Was wäre das Ergebnis? Daß überhaupt keine Versammlungen mehr stattfänden und dein Verband in ganz kurzer Zeit verschwunden wäre.

Ohne Verband müßt du selbst und jeder Kollege für sich die Lohnverhandlung mit dem Unternehmer führen, könntest du deine Sache nicht in der Öffentlichkeit verteidigen, ständest du ratlos und machtlos deinem Ausbeuter gegenüber, müßtest du für den gleichen Lohn an einem Tage soviel Stunden länger schuften, als deine Versammlungen in einem Monat dauert.

Die Lebensfähigkeit und Kraftentfaltung des Verbandes hängt ganz von dem Versammlungsbefehl der Mitglieder ab. Wenn du, Kollege, nicht kommst, trägst du zur Schwächung und zur Vernichtung des Verbandes bei.

Je mehr Mitglieder sich fernhalten, desto schwerer wird die Arbeit den wenigen gemacht, die zur Versammlung kommen. Diese wenigen müssen die Last des Kampfes allein tragen. Und so sehr sie sich auch anstrengen mögen, das Ergebnis ihrer Anstrengung ist verringert durch die Abwesenheit der andern.

Du erwartest Erfolge von deinem Verbands, nicht wahr? Aber dann mußt du selbst mitheifen, Erfolge zu erringen. Nichts stellt den Erfolg mehr in Frage, als die Gleichgültigkeit der Mitglieder. Ein Angriff von außen kann den Verband viel schädigen, aber nicht so viel als Pflichtverfall im Innern.

Ein denkender Verbandskollege läßt sich nur von ganz außergewöhnlichen Hemmnissen von dem Besuch der Versammlungen abhalten.

Warnung vor einem Schwindler

Der Drog anzuwandern, ist immer noch sehr groß, jede Gelegenheit wird ergriffen, um dem unglücklichen Vaterland den Rücken kehren zu können.

In den verschiedenen Zeitungen, vorzüglich in den sogenannten neutralen Anzeigenblättern, wurden eine Anzahl Elektromonteur zu den günstigsten Bedingungen nach Amerika gesucht.

Erziehung von Volksschulern in Mexiko. Von den 15 Millionen Einwohner Mexikos sind die Mehrzahl Analphabeten. Die Regierung ist die erste, die ernsthafte Schritte zur Erziehung derselben eingeleitet hat.

Eingegangene Schriften

Die Zeitschrift, die sozialistische Wochenzeitung, hat am 1. April ihren 10. Jahrgang vollendet. Sie ist in einem Gewande und mit größerer Eile als früher erschienen.

und Denken unterrichten will, der sollte zum Bezüger der Glode werden. Sie erscheint im Verlag für Sozialpolitik, Berlin SW. 68, kann auch von jedem Postamt bezogen werden.

Das neue Schlichtungswesen. Ein Wegweiser für Betriebsräte und Bezüger herausgegeben vom Bund der technischen Angestellten und Beamten (Buba), Abteilung für Rechtsfragen. Industrieverlag, Berlin NW 52, Kart. 96 Seiten, Preis 1 M.

Die teilweise Erwerbslosenfürsorge. Erwerbslosenfürsorge für Kurzarbeiter, Schichtwechselarbeiter und Ausseger. Eine Merkblätter für die Praxis. Von Stadtkammern Willy Decker, Berlin B 15, Dammstraße 2. Preis mit Ergänzungsbericht 50 Goldpfennig bei Vorkaufsendung des Betrags.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 20. April ist der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. April 1924 fällig.

Beiträge: Der Verbandstag in Kassel hat bekanntlich beschlossen, daß die für die Verbandszwecke erforderlichen Mittel durch wöchentliche Beiträge in Höhe von 70, 80, 90, 20 und 10 Goldpfennigen aufgebracht werden sollen.

Die 1. Beitragsklasse (70 G.-Pf.) gilt für männliche Mitglieder nach vollendetem 20. Lebensjahr.

Die 2. Beitragsklasse (60 G.-Pf.) gilt für: a) männliche Mitglieder vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 20. Lebensjahr; b) für ungelernete Lohnarbeiter (Hilfsarbeiter) nach vollendetem 20. Lebensjahr; c) für weibliche Mitglieder mit höheren Verdiensten in besonderen Industrien.

Die 3. Beitragsklasse (30 G.-Pf.) gilt für: a) weibliche Mitglieder nach vollendetem 20. Lebensjahr; b) männliche Mitglieder (Ungelernte) vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 20. Lebensjahr.

Die 4. Beitragsklasse (20 G.-Pf.) gilt für: a) männliche Mitglieder unter 16 Jahren; b) weibliche 20

Die 5. Beitragsklasse (10 G.-Pf.) gilt für Lehrlinge und Invaliden. Die zurzeit bestehenden Zwischenklassen sind längstens bis zum 1. Juli d. J. zugelassen.

Jeder Verbandsfunktionär und Unterkassierer ist verpflichtet, nur die Beitragsmarken an die Mitglieder abzugeben, die sie nach dem Beschlusse des Verbandstages dem Alter entsprechend zu leisten haben.

Das Beitrittsgehalt beträgt: für Personen ohne Unterschied des Geschlechts nach vollendetem 18. Lebensjahr 50 Pfg. für Jugendliche ohne Unterschied des Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und für Lehrlinge 30 Pfg.

Vorbereitung für den Erfolg der vom Vorstand geforderten und in Angriff genommenen statistischen Erhebungen ist persönliche Ausfüllung und Einbindung der Fragebogen.

Zurzeit sind Erhebungen im Gange für die Drahtgewebe-, Nähmaschinen-, Automobil- und Waagenindustrie. Wir eruchen die Kollegen dieser Gewerbezweige, den Funktionären bei der Ausfüllung der Fragebogen behilflich zu sein und an den Orten, wo seitens der Verwaltung diese Angelegenheit lästig betrieben werden sollte, selbst für die Ausfüllung der Fragebogen Sorge zu tragen.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Einsparwesen-Nordensham: Der Schmied Jakob Schaven, geb. am 26. Februar 1897 zu Guesenheim, Mitgliedsbuch Nr. 5301342, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Pagen i. W.: Der Schlosser Heinrich Lehr, geb. am 5. April 1892 zu Ludwigshafen, Mitgliedsbuch Nr. 4533011, wegen Schädigung der Verbandsinteressen und Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Tullingen: Der Rennmacher Josef Strittmatter, geb. am 21. September 1891 zu Zürich, Mitgliedsbuch Nr. 5174159, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 5564039, lautend auf den Metallarbeiter Reinhold Vogt, geb. am 8. August 1901 zu Karlsruhe. (Vorstand.)

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Schirmmechanikern und Instrumentenmachern nach Tullingen (Chiron-Werke) D.; von Elektromonteur nach Hamburg St.; nach Wiesdorf am Rhein L.

von Emailierarbeitern nach Berlin St.; von Feilenhauern und Schleifern nach Brandenburg a. S. St.; von Formern und Gießereiarbeitern nach Cannstatt (Hirma Group) St.;

von Graveuren, Schnittschloßern und Fallhammerfchmiedern nach Wschaffenburg (Heinrich Rahl) D.; von Mechanikern und Optikern nach Budapest (Herd. Sth) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin D.; nach Harburg a. S. (Georg Niemeyer und Ottowert) St.; nach Kiel L. nach Saugau (J. Baum, A.-G., Erntemaschinenfabrik) D. nach Wiesmoor i. Hannover (Fa. Siemens, Kraftwerk und Lohrgewinnung) D.

Q = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; R = Raubergelung; Wl = Mißstände; A. = Ausperrung. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsunfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuziehen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zeitweilig angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Verbands-Anzeigen

Wittelsch. Zum möglichst sofortigen Eintritt wird ein Geschäftsführer gesucht. Nur erste Kraft kommt in Frage, muß in Agitation, Kassen- u. Verwaltungsgeschäften bewandert sein, sowie selbstständig mit den Arbeitgebern Verhandlungen führen können. Gehalt nach Beschluß des Verbandstages. Bedingung 10jährige Mitgliedschaft. Bewerbung mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter, Beruf, Vermögensverhältnisse bis spätestens 26. April mit Ausschichtbewerzung an Gg. Schmidt, Ansbach, Tullenstr. 4.

Druck und Verlag: Drucker des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röhrenstraße 10.